

# Die reale Bilanz der Hartz IV Arbeitsmarktreform

## 1. Mit Hartz IV wurde ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik eingeleitet:

- Die Politik hat versprochen, dass mit Hartz IV die Lohnnebenkosten gesenkt und Arbeitnehmer wie Arbeitgeber entlastet werden, dadurch mehr Kaufkraft vorhanden ist, mehr Investitionen getätigt werden und infolgedessen mehr Arbeitsplätze entstehen. Von einer Halbierung der Erwerbslosenzahl war vollmundig die Rede. Diese Versprechungen sind durch die Erfahrung widerlegt:
- Sozialhilfeempfänger/innen, die durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe nun ALG II beziehen und von den Arbeitsagenturen betreut werden, sollten Zugang zu Vermittlungs- und Förderleistungen und damit eine Perspektive auf Erwerbsarbeit erhalten. Das Ergebnis davon ist mehr als unzureichend. Die Vermittlungsquoten sind miserabel und Förderleistungen gibt es kaum noch.
- Auch die versprochene finanzielle Besserstellung bisheriger Sozialhilfeempfänger/innen stellte sich – wie nicht anders zu erwarten war – als Mogelpackung heraus. Durch die Pauschalierung bisheriger Sonderbedarfe sind viele sogar noch schlechter gestellt worden, als sie es vorher waren.
- Gleichzeitig ziehen sich Staat und Kommunen mit dem Instrument der Privatisierung aus den öffentlichen Dienstleistungen zurück. Damit verschlechtert sich noch einmal die Daseinsfürsorge für diejenigen, die auf solche Leistungen besonders angewiesen sind.
- Hartz IV dient ganz offensichtlich der neoliberalen Logik entsprechend vor allem der Absenkung des Lohnniveaus und dem Lohnabstandsgebot mit dem Ziel der Durchsetzung eines „Niedriglohnbereichs“. **Im Klartext: Nicht eine notwendige Entlastung der öffentlichen Haushalte – wie immer behauptet wird – sondern der politisch gewollte Niedriglohnbereich „erforderte“ die geringen Regelsätze. Dieses Ziel wurde erreicht.**
- Ein weiterer gewollter Effekt von Hartz IV ist die Disziplinierung von Erwerbslosen. Die Angst vor dem Abstieg in Armut durch die viel zu geringen Regelsätze des ALG II zwingt die Betroffenen zur Bereitschaft dazu, unterqualifizierte, schlecht bezahlte und prekäre Beschäftigungen anzunehmen. Gleichzeitig wurde auch die Disziplinierung von Erwerbstätigen forciert. Aus Angst vor Jobverlust und sozialem Abstieg stieg die Bereitschaft zu Lohnverzicht, Mehrarbeit und Verzicht auf einstmals errungene Arbeitsstandards. Auf diesem Weg wurde die Abwärtsspirale des sinkenden Lohnniveaus, das hierzulande seit 9 Jahren in im europäischen Vergleich beispiellosen Weise zu beobachten war, noch beschleunigt.
- Von der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (nicht umsonst ist Deutschland Exportweltmeister) konnten aber – wiederum entgegen aller anders lautenden Behauptungen von Wirtschaft und Politik – weder Erwerbslose noch Erwerbstätige profitieren.

### **Thesen:**

I. Es gibt keinen „naturwüchsigen“ Arbeitsmarkt als ein ausgleichendes Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, weil sich die „Ware“ menschliche Arbeitskraft kaum den schnellen Wechsels von Produktivitätsentwicklung und Strukturveränderung anpassen kann.

II. Arbeitsmarktpolitik war immer schon das Ergebnis von sozialen Auseinandersetzungen innerhalb und gegenüber staatlichem Handeln. Faktisch findet seit dem 4. „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ keine aktive Arbeitsmarktpolitik mehr statt.

III. Die steuerliche Finanzierung von sozialstaatlichen Maßnahmen wird fast vollständig von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Selbständigen und abhängig Beschäftigten getragen. Diese aber geraten in dem neuen „Klima der sozialen Verunsicherung“ selbst unter einen immer größeren Druck.

IV. Wirksame politische Gegenwehr erfordert, dass Zugehörige von „Unterschicht“ und „Mittelschicht“ gemeinsame Interessen erkennen und trotz aller realen Widersprüche belastbare Bündnisse und politische Richtungsprojekte entwickeln.

Der einzig positive Effekt der Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe könnte vielleicht darin bestehen, dass die Solidarisierung verschiedener Erwerbslosen- und Erwerbstätigen Gruppen nicht mehr durch die sozialstaatliche Politik des „Teile und Herrsche“ der alten Bundesrepublik im Keim erstickt wird.

### **Einmal bei ALG II angekommen sitzen nun alle in einem Boot!**

#### **2. Auswirkungen auf die (Miss-)Achtung von Grundrechten:**

- Im Grundgesetz sind Grundsätze wie die Achtung der Menschenwürde, das Sozialstaatsprinzip oder das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe enthalten, die sowohl als individuelle und unveräußerliche Grundrechte als auch als verbindliche politische Orientierungsvorgabe zu verstehen sind. **Der Gesetzgeber nimmt aber zunehmend die Verletzung von Grundrechten und die Abkehr der verfassungsrechtlich vorgegebenen politischen Orientierung durch Maßnahmen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Kauf. Dies geschieht durchaus bewusst und gezielt.**

Dafür können beispielhaft genannt werden: **Ein immer größeres Maß an Zwangsmaßnahmen und Kontrollen, Umkehr der Beweislastpflicht zu Lasten der Betroffenen, immer mehr Datenweitergaben zwischen Behörden, Bindung von Ansprüchen an Bedarfsgemeinschaften und dadurch verstärkte familiäre Abhängigkeiten sowie die Einstandspflicht auch für Kinder von Partnern/innen vor den eigenen Kindern.**

- Für notwendige Anschaffungen (über den Regelsatz hinaus) gibt es keine Kostenübernahmen mehr, sondern nur noch Darlehenszahlungen. Da mehr als die Hälfte der ALG II-Bezieher/innen dauerhaft von den zu niedrigen Leistungen des SGB II leben müssen oder nach kurzer Zeit von Erwerbstätigkeit dahin zurück kehren, führen diese Regelungen erstens zu einer Dauerverschuldungsspirale und zweitens zu einem bürokratischen und teuren Mehraufwand für die Behörden. Die Widerspruchsstellen in den Jobcentern sind (in Berlin) intern angewiesen worden, nur mit Zustimmung der Leistungsstellen auf fehlerhafte Bescheide zu reagieren, was bedeutet, dass sich die Betroffenen, wollen sie zu ihrem Recht kommen, auf Klagen vor dem Sozialgericht einlassen müssen.

Die dadurch hervorgerufene Prozesslawine soll nun auf andere Weise – wieder zu Lasten der Betroffenen – gebremst werden: Zukünftig sollen die Hürden für Prozesskostenhilfen und die Selbstbeteiligungen erhöht werden, womit gerade ALG II-Empfänger/innen in der Durchsetzung ihrer Rechte, die sehenden Auges durch die Behörden verletzt werden, auch noch eingeschränkt werden.

- Innerhalb der Jobcenter selbst ist ein massiver Druck auf die Beschäftigten zu verzeichnen, die zu großen Teilen selbst nur befristete Arbeitsverträge haben. Ihre mangelhafte Arbeit entsteht auch durch eine massive Überforderung, durch fehlende Kompetenz sowie durch interne Anweisungen, sich nicht an rechtliche Pflichten zu halten. All das wirkt so zusammen, dass es für die Betroffenen faktisch unmöglich ist, auf einfachem Weg zu ihrem Recht zu kommen und die ihnen zustehenden Leistungen mit überschaubarem Aufwand und in angemessener Zeit zu erhalten.

#### **Thesen:**

I. Im SGB II sind bewusst „weiche“, auslegbare Rechtsbegriffe und regionale Zuständigkeiten eingeführt worden, die es den Betroffenen erschwert, ihre Rechte durchzusetzen.

#### **II. Die Hartz-Gesetze sollen Druck auf Erwerbslose ausüben, damit sie jede Art von Erwerbsarbeit aufnehmen.**

III. Das Gesetz wurde noch einmal verschärft und dabei das Willkürverbot und das Recht auf allgemeine Handlungsfreiheit ignoriert. Damit wurden bewusst grundgesetzliche Standards für ganze Bevölkerungsgruppen ausgehöhlt.

### **6. Der Niedriglohnsektor hat sich längst durchgesetzt, z.B. im Handel**

- Für viele Beschäftigte, z.B. im Handel aber auch im Leiharbeitsbereich, trifft längst der Satz zu: „Arm trotz Arbeit“. 75% der Betroffenen sind Frauen. Häufig entsteht die Situation durch Teilzeitarbeit (von 2,6 Mio Jobs im Handel sind nur noch 1,1 Mio. Vollzeit Arbeitsplätze). Ein halbwegs menschenwürdiges Leben ist unter solchen Bedingungen oft nur durch die Aufnahme von Zweit- und Drittjobs möglich. Das aber wird dadurch erschwert, dass für Teilzeitjobs häufig höchste Flexibilität gefordert wird. In der Konsequenz sind Zweit- und Drittjobs oft nur nachts und am Wochenende möglich. Viele Betroffene müssen ihr Einkommen auch mit ALG II aufstocken. Das bedeutet faktisch, dass sie ein Einkommen auf ALG II-Niveau trotz Arbeit haben. Besonders viele Alleinerziehende und ihre Kinder sind davon betroffen.

#### **These:**

I. Die gewerkschaftliche Organisierung von solchen prekär Beschäftigten ist auf traditionellem Weg (Betriebsratsarbeit etc.) sehr schwierig.

II. Es sind neue gewerkschaftliche Strukturen („social movement union“) und neue Bündnisse nötig, um eine Verbesserung der Situation mit und für die Betroffenen zu erreichen.

### **Wie kann's weitergehen?**

- Die Bilanz nach zwei Jahren Hartz IV zeigt mehr als deutlich, dass neue Wege gesucht werden müssen, um die soziale Abwärtsspirale zu stoppen
- Viele der Betroffenen sind zwangsläufig in individuellen Bewältigungsstrategien gefangen. Eine politische Organisation ist nicht zuletzt deshalb schwierig. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, individuelle Bewältigungsstrategien und politische Handlungsansätze zu vermitteln, z.B. über Beratung, Hilfe, solidarisches Handeln und politische Organisation, wie es viele Erwerbsloseninitiativen schon tun.
- Das Ende des „Teilens und Herrschens“ des alten bundesrepublikanischen Sozialstaatsmodells muss endlich auch in den Köpfen der verschiedenen Betroffenengruppen ankommen. Die Solidarisierung verschiedener Betroffenengruppen aus unterschiedlichen Schichten und Milieus muss ein wesentliches Ziel unserer politischen Arbeit sein.
- Dasselbe gilt für das unproduktive „Nebeneinander“ (wenn nicht sogar „Gegeneinander“) verschiedener politischer Spektren. Die Welt ist nicht mehr aufgeteilt in Arbeitsplatzbesitzer, vorübergehend Erwerbslose und schon immer Ausgegrenzte. Gewerkschaftliche und außergewerkschaftliche Akteure müssen daher lernen aufeinander zuzugehen, ihre Konflikte auszutragen (und wo dies nicht möglich ist, auszuhalten) und neue, möglichst gemeinsame (zumindest sich nicht gegenseitig behindernde oder gar bekämpfende) politische Strategien zu entwickeln.
- Ein Zurück zum alten Sozialstaat (der ja nicht zuletzt auch paternalistisch, patriarchal, repressiv, spaltend und ausgrenzend war) ist weder möglich noch wünschenswert.

**Es darf nicht darum gehen, Almosen zu erbetteln, die den einen zugestanden werden und den anderen nicht, sondern es muss in Zukunft darum gehen, soziale Rechte für alle durchzusetzen. Was wir dafür brauchen ist eine starke soziale Bewegung gegen Ausbeutung und Ausgrenzung, in welcher der vielen Spielarten diese sich auch zeigen mögen.**

*veröffentlicht am 09.07.07, Sozialforum Berlin- AG AG Soziales Berlin (Auszüge)*